

Altbekanntes St.-Florian-Prinzip

■ **Betrifft:** „Kritik am forschenden Ausbau der Windkraft“ in der NW vom 5. November.

Da meldet sich wieder einmal Herr Prof. Baur zusammen mit der Dahler Windinitiative zu Wort und mit seiner Wortwahl zeichnet er ein Zerrbild, das die Windenergienutzung als eine Bedrohung für die Dahler Bevölkerung erscheinen lässt.

So spricht er z.B. von Windindustrieanlagen, die den Ort Dahl umstellen werden. Das Ziel ist klar, er will mit solchen Begriffen den Bürgern Angst einjagen und sie gegen die Ausweisung von Gebieten zur Erzeugung von regenerativer und damit umweltschonender Windenergie aufhetzen.

Dabei scheint es ihn nicht zu interessieren, dass laut einer Umfrage aus 2013 der TSM Emnid 93 Prozent der Bevölkerung den verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien für wichtig halten. Die Gründe werden seit Jahrzehnten diskutiert und sind jedermann bekannt, es geht um den Umwelt- und Klimaschutz. Alle sind dafür, aber bitte nicht vor meiner Haustür damit beginnen, oder?

Wenn man die „vier zentralen Punkte“, die Herr Baur aufzählt, einmal unter die Lupe nimmt und den ganzen polemischen Schwulst ausblendet, bleibt nur folgendes übrig: Investoren sollen keine weiteren Windenergieanlagen errichten und Verwaltungsgerichte sollen

dabei mit ihrer Rechtsprechung keine „Schützenhilfe“ leisten. Verwaltungen stehen unter Planungszwang und entwickeln Flächennutzungspläne, die die Grenzen der Flächen für die Windkraftnutzung zu nahe an die Wohnbebauung heranziehen, die Kommunalpolitiker betreiben unter Verweis auf politische, juristische und ökonomische Sachzwänge halbherzige Bürgerpolitik.

Ich frage Herrn Baur folgendes: Warum sollen Investoren eigentlich keine Windenergieanlagen errichten, wenn sie dabei alle planungsrechtlichen und umweltschutzrechtlichen Auflagen erfüllen? Wieso leisten unabhängige Gerichte Schützenhilfe, wenn sie die Rechtmäßigkeit der Verfahren und Genehmigungen prüfen? Wieso leisten Verwaltungen „vorausseilenden Gehorsam“, wenn sie bei der Festlegung der Gebietsgrenzen die rechtlichen Vorschriften beachten und wieso sind Kommunalpolitiker halbherzig, wenn sie auf die geltenden Gesetze verweisen?

Herrn Baur sind diese demokratischen Prozesse anscheinend ein Dorn im Auge und er möchte sich über diese hinwegsetzen um Windenergieanlagen außerhalb Dahls zu verhindern. Es ist nichts weiter als das altbekannte Sankt-Florian-Prinzip, das er mit geschickter Professorenrethorik und einem gewaltigen Schuss Polemik vorträgt.

Hans Heinrich Wanko

33106 Paderborn